Anfrage Josef Fasel **Nr. 802.05**
Ausbildungsdauer

Anfrage

Anlässlich der letzten Session wurde ausgiebig über die Dauer der Ausbildung diskutiert. Konkret, stand die Frage, ob die Dauer der Ausbildung von aktuell 13 Jahren auf neu 12 Jahre reduziert werden sollte.

Nebst dem Hinweis auf die Pisa-Studie, wurde auch auf den Ausbildungsstand der Freiburger Jugend im Vergleich zur Schweiz, aufmerksam gemacht. Diese wären im Vergleich, nicht schlechter, aber auch nicht besser.

Letztlich hatte sich der Rat mit einer kleinen Mehrheit, 51 zu 47 Stimmen, für die Version des Staatsrates, nämlich die Beibehaltung der 13 Jahre entschieden.

Habe mir nun folgende Gedanken gemacht und frage den Staatsrat an, was er von meinen Überlegungen hält, ob er eine Möglichkeit sieht, diese praktisch um zu setzten?

Es wird zurzeit viel über die wirtschaftliche Lage der Schweiz diskutiert und entsprechend auch die Ausbildung der Jugendlichen erwähnt. Diese verfügen zwar über viel theoretisches Wissen, sind jedoch oft von der Praxis weit entfernt.

Wäre es nicht eine Chance, diesen Jugendlichen während den 13 Jahren Ausbildung einen Teil in Form von praktischer Anwendung zu vermitteln? Mir scheint, dass dann diese jugendlichen Absolventen, eine wesentlich bessere Sicht der Dinge, das heisst konkret viel näher bei der Realität der Branche, der Wirtschaft, des Funktionierens eines Unternehmens, ganz allgemein, des Alltages wären.

Möglichkeiten der praktischen Anwendung, einer allfälligen Integration, oder was immer es auch sei, gibt es sicher viele.

Den 9. Februar 2005

Antwort des Staatsrats

Die Frage von Grossrat Josef Fasel betrifft konkret die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II, die sich in 13 Schuljahren auf die gymnasiale Maturität vorbereiten. Er schlägt vor, dass ihre Ausbildung mit einem Betriebspraktikum, das in der Regel mehrere Wochen dauert, ergänzt wird, und sie so Gelegenheit haben, in einer Firma, in der Verwaltung oder in einer Institution zu arbeiten, und so die Arbeitswelt oder das praktische Leben kennen lernen können. Schliesslich geht es darum, diese Praktika für obligatorisch zu erklären und die Mittel für deren Organisation bereitzustellen.

Das ist eine interessante Idee, und in der Schule sollen ja auch wirtschaftliche und soziale Realitäten berücksichtigt werden. Nun ist es aber überhaupt nicht einfach, diese Idee umzusetzen. Zudem sei darauf hingewiesen, dass es bereits Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II gibt, die Praktika absolvieren müssen.

- Die Schülerinnen und Schüler, die sich an den Handelsschulen Gambach (Freiburg) und des Kollegiums des Südens (Bulle) auf die Kaufmännische Berufsmaturität (KBM)

vorbereiten, müssen ein Betriebspraktikum von 24 Wochen absolvieren. Das sind pro Schule rund 20 Schülerinnen und Schüler. Nun ist es bereits schwierig, für diese Praktikantinnen und Praktikanten Plätze zu finden, und nicht so viele Betriebe bieten Praktikumsplätze an.

- Die Schülerinnen und Schüler, die sich auf eine gymnasiale Maturität oder das KDMS-Diplom vorbereiten und eine Ausbildung im Gesundheitsbereich (Krankenpflegeschule, medizinisch-technische Radiologie, Psychotherapie usw.) oder im Bereich Sozialarbeit (Sozialarbeiter, Sozialpädagogen) machen möchten, müssen ein 12-wöchiges Praktikum in einer Institution (z. B.: Spital, Pflegeheim, Sonderschule) absolvieren. Es sind dies rund 100 Schülerinnen und Schüler pro Jahr. Die Praktikumsplätze sind auch hier bereits stark besetzt.

Würde für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II eine praktische Ausbildung in Form eines Betriebspraktikums eingeführt, so müssten pro Jahr rund 900 Praktikumsplätze (für 650 Französischsprachige und 250 Deutschsprachige) gefunden werden. Die Erwartung, genügend Betriebe zu finden, die bereit sind, für mehrere Wochen Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, ist nicht realistisch. Wenn man zudem nicht möchte, dass die Schülerinnen und Schüler im Betrieb sich selber überlassen werden, sondern während ihres Praktikums betreut werden, müssten die Privatbetriebe speziell dafür ausgebildetes Personal anstellen, was man von ihnen nicht verlangen kann. Zudem wären Organisation und Beaufsichtigung der Praktika durch die Schulen mit einem grösseren Aufwand verbunden, und es müssten mehrere Stellen geschaffen werden, um beides sicherzustellen.

Im Übrigen sind die Schülerinnen und Schüler der Kollegien nicht ganz und gar von der Arbeitswelt abgeschnitten. Viele nutzen ihre Ferien im Sommer oder im Herbst, um zu jobben. Andere haben einen Wochenend- oder Abendjob und arbeiten zum Beispiel in einem Laden. Es gibt darunter einige, die das nicht nur freiwillig tun, sondern zu ihrer Ausbildung beisteuern müssen, weil das Geld der Eltern nicht ganz reicht.

Schliesslich sei daran erinnert, dass die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport bei der Besprechung im Grossen Rat der Motion der Grossräte Collaud und Schnyder über die Dauer der Gymnasialausbildung versprochen hat, bis Ende 2005 einen Bericht über die Dauer der Gymnasialausbildung vorzulegen. Es gibt somit noch einmal Gelegenheit, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Der Staatsrat ist so der Meinung, dass es keine allgemeine Einführung von Praktika für die Schülerinnen und Schüler, die sich auf die gymnasiale Maturität vorbereiten, geben soll. Die Schulen müssen aber den wirtschaftlichen und sozialen Realitäten Rechnung tragen, und die Schülerinnen und Schüler müssen dazu ermuntert werden, sich ihrer zu achten.

Freiburg, den 26. April 2005